



<https://biz.ii/49m5>

SPD-REGIONSFRAKTION UNTERSTÜTZT DEN NEUBAU DER FEUERWEHRTECHNISCHEN ZENTRALE RONNENBERG AM JETZIGEN STANDORT

Veröffentlicht am 30.01.2025 um 16:35 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Der Ausschuss für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten (FRO) der Region Hannover hat in seiner Sitzung am 28. Januar 2025 den Weg für den Neubau der Feuerwehrentechnischen Zentrale (FTZ) Ronnenberg geebnet. Die Regionsverwaltung wird beauftragt, eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für den Neubau am aktuellen Standort in Ronnenberg zu erstellen.

Effizienz und Zukunftsfähigkeit im Fokus

Der Beschluss basiert auf einer Standortanalyse, die verschiedene Alternativen abwägt. Letztendlich stellt sich der Neubau am bestehenden Standort als die wirtschaftlichere und schnellere Lösung heraus. Zudem bietet der Standort Ronnenberg bessere Entwicklungsperspektiven, da benachbarte Flächen der ehemaligen Straßenmeisterei für zukünftige Erweiterungen genutzt werden könnten.

Brian Baatzsch, stellvertretender feuerschutzpolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion, begrüßt die Entscheidung: „Nach langen Beratungen mit der Verwaltung und der Regionsfeuerwehrführung haben wir ein Ergebnis. Für uns ist zentral, dass mit dem Neubau der FTZ Ronnenberg am jetzigen Standort sichergestellt wird, dass die Feuerwehren in der Region Hannover optimal ausgestattet sind. Ein moderner Standort mit ausreichend Erweiterungsmöglichkeiten ist essenziell, um auch in Zukunft leistungsfähig zu bleiben. Wir werden den Neubau konstruktiv begleiten, um hier schnellstmöglich eine Perspektive zu schaffen.“

Kurze Bauzeit und wirtschaftliche Vorteile

Die geplante Bauzeit von zwei Jahren ist im Vergleich zur alternativen Variante einer gemeinsamen FTZ in Bornum deutlich kürzer. Zudem zeigt die durchgeführte Wirtschaftlichkeitsprüfung, dass der Neubau in Ronnenberg langfristig kostengünstiger sein wird.

Der Beschluss wird nun in den weiteren Gremien beraten: Am 18. Februar steht das Thema auf der Tagesordnung des Regionsausschusses, bevor die endgültige Entscheidung in der Regionsversammlung am 25. Februar getroffen wird.